



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Presseerklärung

Platz der Deutschen Einheit

Rathausfraktion

Schloßplatz 6
Rathaus – 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60

Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:

BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Fraktionsvorsitzender:

Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maierl

Wiesbaden, 05.07.2010

Seit anderthalb Jahren läuft die Investorensuche für den Platz der Deutschen Einheit. Jetzt soll alles ganz schnell gehen und es wird mit Regreßforderungen in Millionenhöhe gedroht, falls die Stadtverordneten nicht dem Vertrag mit dem ausgewählten Investor Bögl in Kürze zustimmen. Es gibt keinen Beschluß des Stadtparlaments zu einem Architektenwettbewerb und keinen zu einem PPP-Projekt „Wettbewerblicher Dialog“. Es wurde lediglich, gegen unsere Stimmen, im Mai 2008 beschlossen, privates Kapital einzusetzen. Der Wettbewerb wurde von der SEG veranstaltet und die SEG war offenbar auch für die Investorensuche zuständig. Im Herbst 2008 wurde zum ersten Mal offen von einem PPP-Projekt geredet, und zwar von Oberbürgermeister Müller und Herrn Guntrum auf der Expo Real in München. Wir vermuten, daß dort Kontakte zur Firma Bögl geknüpft wurden.

Auffällig ist, daß hier die Stadtplanung von der SEG, einer gewinnorientierten Firma, betrieben wird. Bei dem ersten großen PPP-Projekt der Stadt Wiesbaden, dem Justiz- und Verwaltungszentrum, gab es einen ordnungsgemäßen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, ein PPP-Projekt durchzuführen. Der Auftraggeber war damals die Landeshauptstadt. Am Platz der Deutschen Einheit gibt es keinen solchen Beschluß und die SEG tritt als öffentlicher Auftraggeber auf. Diese Verlagerung wichtiger städtischer Aufgaben der Politik auf eine privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft halten wir für bedenklich, das Fehlen des Beschlusses für rechtlich anfechtbar.

Zur Firma Bögl, mit der jetzt noch der Vertrag geschlossen werden soll, ist noch zu berichten, daß das Möbelhaus Ikea die Firma Bögl auf Schadenersatz verklagt hatte. Die Sprecherin von Ikea dazu: „Bögl hat beim Bau von vier oder fünf Möbelhäusern versucht, durch Zahlungen an Manager unseres Hauses an Aufträge zu kommen.“ Die Staatsanwaltschaft erließ einen Verfallsbescheid über fünf Millionen. „Bögl überwies diese Summe und entging so einem Eintrag ins Gewerbezentralregister, der das Unternehmen von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen hätte“ (Wirtschaftswoche). Wiesbaden hat es jetzt mit einer Firma von solchem Ruf zu tun.

Michael von Poser